



100 Tage bis zur EU- und Gemeinderatswahl am 9. Juni

Ab 1. März sind es noch genau 100 Tage bis zur Doppelwahl, bei der sowohl das Europäische Parlament als auch der Mannheimer Gemeinderat gewählt werden. Hierzu ein paar interessante Zahlen:

Europawahl

Alle fünf Jahre findet in der Europäischen Union die Europawahl statt, bei der die Abgeordneten des Europäischen Parlaments bestimmt werden. In diesem Jahr findet sie am 9. Juni zum 10. Mal statt und erstmalig dürfen auch 16- und 17-jährige EU-Bürgerinnen und -Bürger aus den 27 Mitgliedstaaten wählen. In Deutschland können ersten Schätzungen zufolge zirka 4,1 Millionen Unionsbürgerinnen und -bürger und zirka 60,9 Millionen Deutsche und damit 65 Millionen Menschen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.

Gemeinderatswahl

Zeitgleich findet alle fünf Jahre in Mannheim die Kommunalwahl statt, an der ebenfalls 16- und 17-Jährige teilnehmen dürfen. Hierbei wird in direkter Wahl über die 48 Sitze des Gemeinderats entschieden. Für ihren Ein-

satz am Wahlsonntag erhalten Wahlhelferinnen und Wahlhelfer in Mannheim 100 Euro Erfrischungsgeld. Bei dieser Wahl gibt es in Mannheim voraussichtlich 220 Wahlbezirke. Am Wahlsonntag werden etwa 1.700 Wahlhelferinnen und Wahlhelfer im Einsatz sein. Mit den 2.200 Erstwählerinnen und Erstwählern werden im Juni zirka 240.000 der rund 320.000 Mannheimerinnen und Mannheimer wahlberechtigt sein.

Wahlinfo-App

Mit der Wahlinfo-App der Stadt Mannheim haben Wahlberechtigte und Wahlinteressierte unmittelbaren Zugriff auf umfangreiche Informationen. Sie informiert über grundlegende und aktuelle Themen, erinnert mithilfe von Push-Nachrichten an wichtige Termine und beantwortet viele Fragen, wie zum Beispiel: Wann findet die Wahl statt? Wie kann ich per Briefwahl wählen? Was, wenn ich kurz vor der Wahl umziehe? Wie lauten die amtlichen Endergebnisse?

Die barrierearme Anwendung ist unter <https://qrcode.appack.de/WAHLINFO-APP> sowohl für Android als auch für iOS erhältlich.

Vorbereitende Arbeiten für zwei Baumaßnahmen

Ab Sommer soll der dritte und somit letzte Bauabschnitt am Willy-Brandt-Platz (Bahnhofsvorplatz) im Bereich der Taxiwartfläche und Buswendeschleife ausgeführt werden. Ebenfalls im Sommer startet die rund 280 Meter lange Radmaßnahme „Östliche Sudetenstraßenbrücke“ zwischen Römerstraße und Sudetenstraße im Stadtteil Vogelstang.

Nicht immer können alle Baumbestände bei Baumaßnahmen erhalten bleiben. Auch bei diesen beiden wichtigen Infrastrukturprojekten müssen Stadtbäume weichen und werden anschließend durch neue Bäume ersetzt.

So werden im Baubereich des Willy-

Brandt-Platzes insgesamt vier Hainbuchen gefällt und diese durch 20 neue Bäume ersetzt. Die Neupflanzungen werden in hoch gesetzten Bauminseln ausgeführt. Dadurch erhalten die Bäume mehr Wurzelfläche und somit verbesserte Wachstumsbedingungen.

Für den Neubau des Radwegs östlich der Sudetenstraßenbrücke müssen fünf Feldahorne gefällt werden. Diese Bäume werden ebenfalls im Zuge der Baumaßnahme durch zwölf neue Laubbäume ersetzt, die künftig als Schattenspender für den Radverkehr dienen und gleichzeitig die Attraktivität des angrenzenden Parkplatzes steigern.

Café Colibri

Die Stadtbibliothek Mannheim lädt wieder wöchentlich zum Sprachcafé „Café Colibri“ ein. Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen, unabhängig von Alter und sozialer Herkunft, haben hier die Möglichkeit, in lockerer Atmosphäre ihre Deutschkenntnisse anzuwenden und zu vertiefen. Das Café Colibri ist kostenlos und findet donnerstags, am 7., 14., 21. und 28. März, jeweils ab 17 Uhr in der Zentralbibliothek im Stadthaus N 1 und freitags, am 1., 8., 15. und 22. März, jeweils ab 15 Uhr in der Stadtteilbibliothek Neckarstadt-West statt.

Zu Beginn des Treffens am 21. März stellen die Willkommenscoaches des Goethe-Instituts Mannheim das Projekt „Vorintegration

und Übergangsmanagement – den Migrationsprozess erfolgreich gestalten“ vor. Im Anschluss geht das Café wie gewohnt weiter. Für die Termine vor Ort ist keine Anmeldung erforderlich.

Das Café Colibri ist auch digital erreichbar, immer dienstags, am 5., 12., 19. und 26. März, jeweils ab 18 Uhr. Die Teilnehmendenzahl ist begrenzt. Eine Anmeldung per E-Mail an stadtbibliothek.zentralbibliothek@mannheim.de ist erforderlich.

Weitere Informationen:

Weitere Informationen sind unter www.stadtbibliothek.mannheim.de zu finden.

Eng abgestimmte Bauabläufe für rheinübergreifende Verkehrswege und Hochstraße Süd

Gleich mehrere Großbaustellen mit Auswirkungen auf den rheinübergreifenden Verkehr gibt es 2024 in Ludwigshafen und Mannheim. Um während der Bauarbeiten immer mindestens eine Rheinquerung für Stadtbahnen offen zu halten und den Individualverkehr möglichst wenig zu beeinträchtigen, haben die beiden Städte und die Rhein-Neckar Verkehr GmbH (rnv) ihre Bauabläufe eng miteinander verzahnt.

Hochstraße Süd/ Konrad-Adenauer-Brücke

Der Bau der Ersatzbrücke an der Hochstraße Süd beziehungsweise des ersten Anschlussstücks bei der Konrad-Adenauer-Brücke wird planmäßig im Osten am Faktorhaus beginnen.

Dafür muss der Stadtbahnverkehr von der Konrad-Adenauer-Brücke zum Berliner Platz vom 25. März bis 21. Juli unterbrochen werden. Während der Sperrung können die Stadtbahnlinien 4/4A, 7, 8 und 9 nicht über die Konrad-Adenauer-Brücke fahren. Die Li-

nie 4/4A wird über die Kurt-Schumacher-Brücke umgeleitet. Die Linie 7 wird in einen Mannheimer und einen Ludwigshafener Abschnitt geteilt. Die Linien 8 und 9 verkehren während der Bauzeit nicht.

Keine Auswirkungen für Individualverkehr

Es gibt keine Auswirkungen auf den Kraftfahrzeug-Verkehr sowie für Fußgängerinnen und Fußgänger und Radfahrende. Sie können während dieser Bauphase uneingeschränkt die Mundenheimer Straße und die Berliner Straße passieren sowie auf die Konrad-Adenauer-Brücke fahren beziehungsweise laufen.

Paradeplatz

Nach dem Ende des Bauabschnitts der neuen Brücke an der Hochstraße Süd beginnt die rnv ab Juli mit der dringend notwendigen Erneuerung abgenutzter Gleise in der Kurpfalzstraße und an der Gleiskreuzung am Paradeplatz. Gleichzeitig wird diese für

Michael Grötsch, Bürgermeister für Wirtschaft, Arbeit, Soziales und Kultur, wurde wenige Tage vor dem offiziellen Ende seiner zweiten Amtszeit feierlich verabschiedet. 16 Jahre lang war Grötsch Bürgermeister – sein Amtsantritt zum 1. März 2008 war zugleich die Geburtsstunde des neu geschaffenen Dezernats II, dessen Aufgabenbereiche zuvor auf drei unterschiedliche Dezernate verteilt waren. Insofern stelle es eine Innovation bezüglich der Dezernatsgestaltung mit bisher ungenutzten Synergieeffekten dar – war in der damaligen Gemeinderatsvorlage zum Verwaltungsumbau zu lesen. „Die erwarteten Synergieeffekte zu erzielen, war zweifellos eine Herausforderung – manch einer sprach sogar von einer ‘Mission Impossible’. Aber zugleich steckte in dieser Herausforderung auch eine große Gestaltungschance, die Michael Grötsch zu nutzen wusste. Ihm gelang es, die verschiedenen Bereiche miteinander zu verbinden“, betonte Oberbürgermeister Christian Specht. Specht, der bereits als Erster Bürgermeister langjähriger Wegbegleiter Grötschs war, erinnerte in seiner Rede an wichtige Meilensteine. Darunter die Einführung der neuen Wirtschaftspolitischen Strategie, die neben der Bestandspflege auch neue Kompetenzfelder wie die Medizintechnologie in den Fokus nahm.

Im sozialpolitischen Bereich zählte die Überführung der Jobcenter in eine gemeinsame Einrichtung zu den Verdiensten. Sie ermöglichte es, den kommunalen Einfluss auf die Arbeitsmarktpolitik mit den Interessen der Bundesagentur zu verbinden. Mit dem

Er ist die Stimme der Mannheimerinnen und Mannheimer mit Migrationsbiografie in der Kommunalpolitik und wird in diesem Jahr zum vierten Mal neu berufen: der Migrationsbeirat. Alle, die interessiert daran sind, die kommunale Integrationspolitik aktiv mitzugestalten und die dabei ihre spezifischen Erfahrungen und ihre Expertise einbringen möchten, können sich ab 1. März für die neue Amtszeit 2024 bis 2029 bewerben.

Formale Voraussetzungen für eine Bewerbung sind ein unbefristeter Aufenthaltstitel oder eine EU- oder die deutsche Staatsangehörigkeit sowie eine Migrationsbiografie (das heißt, man selbst oder mindestens ein Elternteil ist aus dem Ausland nach Deutschland eingewandert). Bewerberinnen und Bewerber müssen zudem zum Zeitpunkt der Bewerbungsfrist, also am 30. Juni, volljährig und seit mindestens drei Monaten mit Erstwohnsitz in Mannheim gemeldet sein und sollten außerdem über für dieses politische Ehrenamt ausreichend gute Deutschkenntnisse verfügen.

Die Bewerbungsunterlagen sowie weitere Informationen sind auf www.mannheim.de/migrationsbeirat abrufbar.



Bürgermeister Michael Grötsch bei seiner Verabschiedung FOTO: MARKUS PROBITZ

Zusammenführen der Gründungszentren unter einem Dach in der mg: gmbh wurde der Grundstein für eine erfolgreiche Start-up-Szene gelegt. Der Einsatz für die bisher höchste Einzelförderung von Bund und Land in Höhe von 120 Millionen Euro machte die aktuell laufende Generalsanierung des Nationaltheaters Mannheim erst möglich. Doch auch das Stadtfest, die Mannheimer Mess' oder der Fasnachtsmarkt gehören in den Zuständigkeitsbereich des Dezernats. „Michael Grötsch zeigte sich hier stets sehr kompe-

tent, humorvoll und bürgernah. Das hat ihm viel Sympathie der Mannheimerinnen und Mannheimer eingebracht“, so Specht.

Professor Dr. Ulrich Nieß, langjähriger Leiter des Stadtarchivs – heute MARCHIVUM, hielt die Laudatio und gab Einblicke in das Zusammenwirken hinter den Rathaus-Mauern: „Am Beispiel des Zusammenspiels von Dr. Peter Kurz und Herrn Grötsch kann man wundervoll erkennen, wie über Parteigrenzen hinweg, gemeinsam an Strategie, Zielen und Maßnahmen gearbeitet wurde, um gemeinsam etwas zu bewegen.“ Er räumte auch ein, dass Grötsch für das Nationaltheater brenne und es ihm vermutlich schwer falle, mitten in der Bauphase den Stab übergeben zu müssen. „Das zeigt, wie sehr er in Mannheim angekommen ist, das Mannheim Gen verinnerlicht hat“, so Nieß.

In seiner Dankesrede griff Bürgermeister Grötsch diesen Gedanken auf: „Für mich passt der Song ‘Gekommen, um zu bleiben’.“ Er wolle die Stadt nach dem Ende seiner Amtszeit nicht verlassen, denn Mannheim sei zu seiner Heimat geworden. „Die Bearbeitung einer großen Bandbreite an Themen und Projekten, die erfolgreich realisiert wurden – all das beruht immer auf einer erfolgreichen, konstruktiven, engagierten und vertrauensvollen Zusammenarbeit“, unterstrich Grötsch und sprach dafür den Gemeinderätinnen und -räten, seinen Dezernatskolleginnen und -kollegen, den Fachbereichs- und Eigenbetriebsleitungen sowie Geschäftsführungen der Gesellschaften des Dezernats II seinen Dank aus.

Migrationsbeirat: Bewerbungen für neue Amtszeit möglich

Für an einer Bewerbung Interessierte sind zudem Gelegenheiten für einen persönlichen Austausch geplant: Mitglieder des amtierenden Migrationsbeirats werden zwischen März und Juni an unterschiedlichen Orten in Mannheim über die Beiratsarbeit und Erfahrungen aus ihrer Mandatszeit berichten und für Fragen zur Verfügung stehen. Termine und Orte werden auf www.mannheim.de/migrationsbeirat und via Instagram bekanntgegeben.

Bewerbungsschluss ist der 30. Juni. Die Auswahl für das zwanzig Mitglieder umfassende, ehrenamtliche Gremium erfolgt im Anschluss durch eine zwischen Juli und Oktober eingesetzte Berufungskommission, die sich zu zwei Dritteln aus Vertretenden mit Migrationsbiografie und einem Drittel aus Vertretenden der Fraktionen des Gemeinderats zusammensetzt. Die fünfjährige Amtszeit des neuen Migrationsbeirats beginnt mit der offiziellen Berufung durch den Gemeinderat Ende 2024.

Der Migrationsbeirat der Stadt Mannheim

ist seit 2000 die offizielle politische Interessensvertretung der Mannheimerinnen und Mannheimer mit Migrationsbiografie und Schnittstelle zwischen Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft. Er berät Politik und Verwaltung in migrations- und integrationsrelevanten Belangen und entsendet Vertreterinnen und Vertreter mit Rede-, Anhörungs- und Antragsrecht in den Gemeinderat und dessen Fachausschüsse. Auf diese Weise ermöglicht er politische Teilhabe – insbesondere für diejenigen, die kein Wahlrecht haben und damit von wichtigen demokratischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen sind. Der Beirat tritt als Impulsgeber für die Belange der Mannheimerinnen und Mannheimer mit Migrationsbiografie ein und engagiert sich für ein gelingendes und respektvolles Zusammenleben.

Das Berufungsverfahren wird durchgeführt vom Beauftragten für Integration und Migration der Stadt Mannheim. Weitere Informationen können telefonisch unter 0621/293-3090 oder E-Mail an migrationsbeirat@mannheim.de erfragt werden.

Bereits vor der Erneuerung der Koppelplatte wird die Stadt Mannheim von 8. April bis 7. Juni zwei Übergangskonstruktionen an der Kurt-Schumacher-Brücke instandsetzen. Währenddessen müssen die Stadtbahnen an den Übergangskonstruktionen etwas langsamer fahren. Für den Kfz-Verkehr auf der B44 muss an Werktagen in der verkehrsarmen Zeit zwischen 9 und 15 Uhr eine Fahrspur nach Mannheim gesperrt werden. Außerdem werden mehrere nächtliche Vollsperrungen benötigt, die noch detailliert angekündigt werden. Für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Radfahrende bleibt der nördliche Geh- und Radweg frei.

Informiert bleiben

Mehr Informationen zur Streckensperrung sowie zum geänderten Betrieb der Stadtbahnen sind unter www.rnv-online.de zu finden. Informationen zu aktuellen Baustellen mit Verkehrseinschränkungen in Mannheim sind unter www.mannheim.de/baustelleninfo veröffentlicht.

STIMMEN AUS DEM GEMEINDERAT

Sicheres Ankommen an Schulen: Einrichtung von Schulstraßen ist rechtlich möglich

Fraktion im Gemeinderat
GRÜNE

Trotz der im Bundesrat abgelehnten Reform des StVG tut sich was in Sachen Schulstraßen und Verkehrssicherheit für Schülerinnen und Schüler. Einen neuen Impuls gibt ein Rechtsgutachten zu Schulstraßen, das vom Deutschen Kinderhilfswerk, dem VCD und dem Kidical Mass Aktionsbündnis in Auftrag gegeben und Mitte Dezember veröffentlicht wurde (siehe Gutachten: <https://kinderaufsrad.org/rechtsgutachten-schulstrassen/>). Das Gutachten belegt eindeutig, dass deutsche Kommunen rechtlich abgesichert sind, Schulstraßen mit temporärer Verkehrssperre zu Schulbeginn und -ende einzurichten. Die Entscheidung für eine Schulstraße liegt nun nicht mehr im rechtlichen Graubereich. Vorreiter ist hier Nordrhein-Westfalen. Als erstes Bundesland regelt NRW, wie Kommunen künftig Straßen im näheren Umkreis von Schulen zeitweise für den Autoverkehr sper-



Dr. Regina Jutz, kinder- und jugendpolitische Sprecherin (links), und Christina Eberle, sicherheitspolitische Sprecherin



FOTOS: FLORIAN FREUNDT

ren können. Nach dem Vorbild der Wiener Schulstraßen werden die letzten Meter vor der Schule zu den Zeiten von Schulbeginn und -ende für den Kfz-Verkehr gesperrt. Der Erlass des NRW-Verkehrsministeriums ist hierbei lediglich klarstellend, denn rechtlich

geregelt sind die Möglichkeiten bereits jetzt in der StVO. Somit kann auch in Mannheim mit der Umsetzung von Schulstraßen begonnen werden.

„Der Wunsch nach einer Verkehrsberuhigung ist vielerorts vorhanden. Immer mehr

Schulen und mittlerweile auch Kitas berichten von kritischen und gefährlichen Verkehrssituationen vor den Einrichtungen zu Bring- und Holzeiten“, erläutert Dr. Regina Jutz, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der GRÜNEN Fraktion.

Oft ist es eine individuell begründbare Entscheidung der Familie, das Kind mit dem Auto zur Schule oder in die Kita zu fahren. Aber auch hier können und sollten die letzten Meter zu Fuß erfolgen und ohne Gefährdung anderer Kinder.

Für alle anderen Kinder, die sich selbstständig bewegen, müssen auch die Schulwege sicher sein. Mit den Schulwegeplänen steht hier die Fachverwaltung den Eltern zur Seite. Nicht nur zu Beginn eines Schuljahres, sondern durchgehend gilt es jedoch, Kinder sichtbar zu machen und ihnen Sicherheit bei Kreuzungen und Querungen zu geben. Hier hilft konsequente Kontrolle gegen Gehwegparken. Im Austausch mit der gesamten Schulgemeinschaft – insbesondere den Kindern – könnte so manche unsichere Stelle aufgedeckt und schwerpunktmäßig über-

wacht werden.

„Wir als GRÜNE Fraktion setzen uns dafür ein, dass in Mannheim Schulwege insgesamt und das Ankommen an der Schule insbesondere sicherer werden. Alle Kinder sollen die Möglichkeit haben, selbstständig und gleichzeitig sicher unterwegs zu sein“, so Christina Eberle, sicherheitspolitische Sprecherin.

In den kommenden Wochen wird die GRÜNE Fraktion an Vor-Ort-Terminen zum Thema Sichere Schulwege in den Stadtteilen teilnehmen. Infos dazu in Kürze auf unserer Homepage

Haben Sie Interesse an weiteren Informationen? Sie finden uns im Rathaus E 5, 68159 Mannheim und erreichen uns telefonisch unter 0621-293 9403, per Mail unter gruene@mannheim.de sowie im Internet unter www.gruene-fraktion-mannheim.de

Rechtlicher Hinweis

Die Fraktionen, Gruppierungen und Einzelstadträtinnen bzw. Einzelstadträte übernehmen die inhaltliche Verantwortung für ihre Beiträge.

Bildung: Dringender Bedarf für Mannheim-Süd:

LI.PAR.TIE. fordert dort eine „2. IGMH“ oder Gemeinschaftsschule mit Oberstufe

Fraktion im Gemeinderat
LI.PAR.TIE

Länger gemeinsam lernen fördert nachweislich die Bildungschancen für junge Menschen, die aus bildungsfernen oder benachteiligten Haushalten kommen. In vielen Bundesländern wie etwa in Hessen haben sich deshalb seit Jahrzehnten Integrierte Gesamtschulen etabliert. In Baden-Württemberg sind gerade mal drei dieser Schulen explizit als Versuche zugelassen. Eine davon ist die Integrierte Gesamtschule Mannheim-Herzogenried, kurz: IGMH. Die Landesregierungen wechselten, die Dreiteilung des Schulsystems und damit die Zementierung der Bildungs-Klassengesellschaft blieb. Zwar sind inzwischen viele Gemeinschaftsschulen als abgewandelte Form der Gesamtschule mit festen Klassenverbänden dazugekommen, doch davon nur sehr wenige mit gymnasialer Oberstufe, wohl um nicht die Gym-



Die Fraktion LI.PAR.TIE., es fehlt Lea Schöllkopf

nasien zu schwächen.

Der „Run“ auf die IGMH bei den Bewerbungen belegt, dass viele Eltern bei der Schulanmeldung zur 5. Klasse eine gangbare

Alternative zum Gymnasium und den anderen Schultypen suchen. Sie wünschen sich für ihre Kinder längere Wahlfreiheit zwischen den Schullaufbahnen und Abschlüs-

sen. Viele dieser Eltern kommen aus den südlichen Stadtteilen Mannheims und nur wenige ihrer Kinder werden an der IGMH angenommen. Diese Wenigen haben dann sehr weite Schulwege.

Die Beschränkung der Integrierten Gesamtschule in Baden-Württemberg auf drei Modell-Schulen kritisiert Stadträtin Nalan Erol (Die Linke) scharf: „Zwischen Integrierter Gesamtschule und Gemeinschaftsschule mit Oberstufe sollte nach wissenschaftlichen Kriterien und Erfahrungswerten entschieden werden. Beide Schulformen können gute Argumente vorweisen. Für uns als Fraktion geht es jetzt aber vor allem darum, dass der Bedarf an fortschrittlichem gemeinsamem Lernen bis zum Abitur im Mannheimer Süden schnell gedeckt wird.“

Deshalb fordern die Mitglieder der Fraktion LI.PAR.TIE. dort in den nächsten fünf Jahren eine „2. IGMH“ oder eine Gemeinschaftsschule mit Oberstufe zu errichten. Am sinnvollsten erscheint ihnen Neckarau oder die Rheinau, wo es momentan nur weni-

ge Möglichkeiten gibt, das Abitur zu machen. Während die Stadtteile nördlich des Neckars bis voraussichtlich 2026 eine Gemeinschaftsschule mit Oberstufe auf Spinelli (Käfertal Süd) bekommen, bleibt der Süden auf Jahre hin abgehängt. Pläne für die 2030er Jahre kommen viel zu spät für die Schüler*innen-Generation, die jetzt nach einer fortschrittlichen Schulform für ihre Bedürfnisse in erreichbarer Nähe sucht.

Wofür an fast allen Schulformen großer Entwicklungsbedarf besteht, ist die Inklusion. Gemeinsames Lernen mit „Behinderten“ kommt fast überall in Mannheim zu kurz. Auch hier fordert die Fraktion, dass die Stadt ihren Anspruch auf Bildungsgerechtigkeit entschiedener umsetzt.

Fraktion LI.PAR.TIE.
(DIE LINKE, DIE PARTEI, Tierschutzpartei)
Rathaus E 5, 68159 Mannheim
1. OG, Zimmer 127
Tel. (0621) 293 9585
info@lipartie.de
www.lipartie.de

Zügig mehr Betreuungsplätze schaffen: Naturkindergärten ausbauen

Fraktion im Gemeinderat
SPD

Obwohl in den letzten Jahren große Anstrengungen zur Verbesserung der KiTa-Situation unternommen wurden, fehlen nach wie vor viele KiTa-Plätze. Das stellt Eltern und insbesondere Alleinerziehende vor große Probleme. Für uns ist die frühkindliche Bildung ein zentraler Baustein der Bildungsgerechtigkeit. Letztes Jahr wurde bereits, auch auf unsere Initiative hin beschlossen, dass unsere BBS (Bau- und Betriebservice GmbH) nun auch für den Bau und die Bewirtschaftung von Kindertagesstätten zuständig ist. Wir hoffen, dass Baumaßnahmen von der Planung bis zur Fertigstellung



Reinhold Götz, Fraktionsvorsitzender der SPD im Mannheimer Gemeinderat und Dr. Melanie Seidenglanz, jugendpolitische Sprecherin der SPD im Mannheimer Gemeinderat.

so deutlich beschleunigt werden können.

Eine gute Möglichkeit schnell qualitativ hochwertige Plätze zu schaffen, ist die Ein-

richtung von Naturkindergärten. Im heutigen Bildungsausschuss liegt eine Informationsvorlage zur Förderung von drei Naturkindergärten in Mannheim vor. Darin ist der Ausbau der vorschulischen Kinderbetreuung für die investive Förderung von Naturkindergärten in den Stadtteilen Neckarau, Sandhofen und Waldhof vorgesehen. In allen Stadtteilen sollen so jeweils 40 neue Kinderbetreuungsplätze entstehen.

Wir als SPD wollen Naturkindergärten in allen Stadtteilen fördern. Dazu haben wir während den Haushaltsberatungen die Verwaltung gebeten, mögliche Wald- und Wiesenkindergärten im Herzogenriedpark, dem Luisenpark oder auf Spinelli zu prüfen. Zudem fordern wir einen Naturkindergarten auf dem Gelände des Reitvereins Vogelstang / Wallstadt. Der Verein hat bereits An-

gebote für Kinder ab 3 Jahren, daher sind die entsprechenden Möglichkeiten bereits vorhanden. Mit der Lage des Vereins können so Angebote für Wallstadt, Vogelstang, Feudenheim, im Rott und Käfertal geschaffen werden.

Reinhold Götz, Fraktionsvorsitzender der SPD im Mannheimer Gemeinderat, erklärt: „Wir können die Situation nicht akzeptieren, dass so viele Familien vergeblich auf einen dringend benötigten Platz warten. Deshalb müssen wir schnelle Abhilfe für die fehlende Plätze schaffen. Das können Naturkindergärten bieten. Deshalb sollten wir den Ausbau fördern und schnell voranbringen, da die Planung und der Bau einer konventionellen Einrichtung wesentlich mehr Zeit benötigt.“

Melanie Seidenglanz, jugendpolitische

Sprecherin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD im Mannheimer Gemeinderat, wünscht sich das Konzept der Naturkindergärten für jeden Mannheimer Stadtteil: „Naturkindergärten sind tolle Orte, die Kindern viele Möglichkeiten zum Lernen und Entdecken bieten. Zugleich sind sie schnell realisierbar. Es ist wichtig, dass alle Stadtteile in Mannheim gut mit Kinderbetreuungsplätzen ausgestattet sind. Die aktuell langen Wartezeiten auf einen Betreuungsplatz entsprechen nicht unserem Anspruch an Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zwingen, leider oftmals Frauen, unfreiwillig in Teilzeit oder gar nicht zu arbeiten.“

Haben Sie Anregungen oder Fragen? Mel- den Sie sich gerne per Email: spd@mannheim.de oder Telefon: 0621/293-2090.

Neue Konzepte für mehr Sauberkeit in unserer Stadt

Fraktion im Gemeinderat
FDP/MfM

Attraktivität und Aufenthaltsqualität hängen maßgeblich auch von der Sauberkeit unserer Stadt ab. Diese lässt sich noch immer sehr zu wünschen übrig. Gefühlt wird sie eher schlechter. Wir brauchen dringend mehr Engagement und neue Konzepte. Der Auftakt der Reinigungsaktion steht an und wir bedanken uns schon jetzt bei jedem Mannheimer und jeder Mannheimerin, die mithelfen, die Stadt sauberer zu machen. Die FDP/MfM-Fraktion fordert schnelle Verbesserungen:

Der Mängelmelder ist ein sinnvolles Beispiel, wie man neue Technik gewinnbringend nutzen kann, wenn die Mängel daraufhin auch kurzfristig beseitigt werden. Wir fordern zudem:

Intelligentes Müllsystem

Wir hatten es beantragt, auf der BUGA wur-



FDP/MfM-Fraktion

den sie bereits getestet: Intelligente Müllimer mit Füllstandsmesser. Aus den Erfahrungen dieser Testphase erwarten wir Antworten, wie ein solches System zu mehr Sauberkeit beitragen kann: können Routen der

Müllabfuhr damit effizienter geplant werden, wenn zentral zu erkennen ist, wo Müllimer am Überquellen sind? Kann das Personal so zielgenauer eingesetzt werden? Können dadurch Kapazitäten frei werden zum Bei-

spiel für zusätzliche Reinigungsintervalle in der Innenstadt? Jede technische Neuerung, die zu einer saubereren Stadt beiträgt, unterstützen wir gerne.

Sperrmüllabholung funktioniert nicht

Der Wechsel von zwei jährlichen festen Sperrmüllterminen zur bestellten Abholung scheint in vielen Stadtteilen nicht zu funktionieren. In vielen Straßen steht wilder Sperrmüll oft wochenlang an den Straßen und verschandelt das Straßenbild. Die FDP-MfM-Fraktion fordert daher eine Mischung aus bestellbaren Abholungen und festen Sperrmüllterminen. Auch die Möglichkeit zur Einlieferung von Sperrmüll in den Wertstoffhöfen muss bekannter gemacht werden.

Reinigungspflicht durchsetzen statt Zwang zur Gehwegreinigung durch die Stadt

Die FDP-MfM-Fraktion kann keine Verbesserung der Sauberkeit durch die Übernahme der Gehwegreinigung feststellen. Eine Ausweitung auf weitere Stadtteile lehnen wir da-

her konsequent ab. Die Reinigungspflicht der Haus- und Grundstückseigentümer sollte stärker kontrolliert werden.

Kombinierter Ansatz gegen Graffiti

Gepflanztes künstlerisch gestaltetes Graffiti kann die Stadt verschönern, Schmierereien an privaten Fassaden mag dagegen niemand. Es ist Sachbeschädigung und strafbewehrt. Wir fordern, ein Anti-Graffiti-Mobil nach dem Vorbild von Pforzheim auch in Mannheim einzurichten, angesiedelt beim Haus des Jugendrechts. Dort verbringen illegale Sprayer ihre Sozialstunden damit, die von ihnen verschandelten Hauswände wieder zu säubern, unter sachkundiger Aufsicht der Maler- und Lackierer-Innung.

Mehr Sauberkeit in der Stadt, geringere Rückfallquoten und zufriedene Hausbesitzer, dafür setzen wir uns in Mannheim ein.

Haben Sie weitere Ideen, wie wir unser Mannheimer sauberer und schöner machen sollten? Wir sind immer für Sie erreichbar, per Mail (Fdp-mfm.fraktion@mannheim.de) oder telefonisch unter 0621 293-9405.

Wärmepumpe für viele Mannheimer ein finanzielles Waterloo

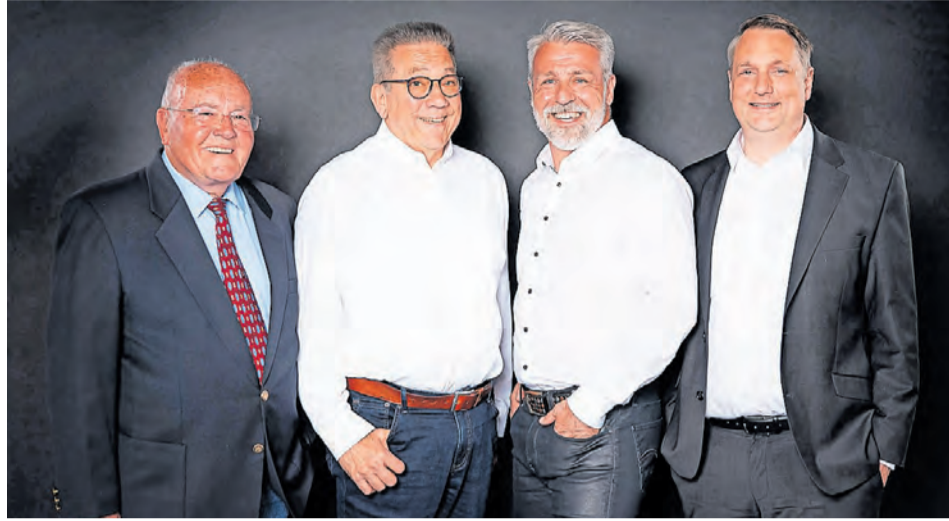
AfD-Fraktion sieht Lösung nur in Rücknahme des Heizungsgesetzes

Fraktion im Gemeinderat AFD

Leider müssen Städte wie Mannheim immer wieder die Folgen der schlechten Politik der Bundesregierung ausbaden. Ein aktuelles Beispiel dafür ist das Heizungsgesetz („Gebäudeenergiegesetz“), das in der Praxis auf ein Verbot von Gas- und Ölheizungen hinausläuft. Viele Mannheimer Bürger, die keinen Fernwärmeanschluss besitzen und auch in Zukunft keinen erhalten werden, müssen dann auf die Wärmepumpe zurückgreifen.

Wie der zusätzliche Stromverbrauch durch die vielen neuen Wärmepumpen gedeckt werden soll, ist aber völlig unklar. Die CO₂-freien Kernkraftwerke wurden alle abgeschaltet und zusätzlich sollen auch alle Kohlekraftwerke wie etwa das Großkraftwerk in Mannheim stillgelegt werden. Und Strom aus Wind und Sonne für die Wärmepumpen gibt es nicht, wenn kein Wind weht und im Winter die Sonne schon am späten Nachmittag untergegangen ist.

Eigenheimbesitzer haben jetzt zu Recht die Sorge, mit dem Einbau von Wärmepumpen und der dafür notwendigen Dämmmaßnahmen bei Altbauten in den finanziellen Ruin getrieben zu werden. Viele Bürger haben ihr Haus vom Munde abgespart, um für das



AfD-Fraktion: Bernd Siegholt, Ulrich Lehnert, Jörg Finkler, Rüdiger Ernst

Alter vorzusorgen. Jetzt droht der Verlust des Eigentums, weil sie die enormen Kosten in Zukunft nicht mehr tragen können. Leider werden diese berechtigten existenziellen Ängste der Mannheimer Bürger von vielen Stadträten nicht ernst genommen.

Viele Mannheimer hoffen daher verständlicherweise auf einen Fernwärmeanschluss als „letzte Rettung“. Die MVV plant jetzt, das Ausbaitempo für das Fernwärmenetz zu vervierfachen. Der geplante Ausbau des Netzes wird von der AfD-Fraktion ausdrücklich begrüßt. Allerdings ist es fraglich, ob ange-

sichts fehlender Baukapazitäten und Fachkräfte diese Ausbauziele tatsächlich erreicht werden können. Und selbst wenn, dann würden im Jahre 2040 noch 20.000 Mannheimer Haushalte keinen Fernwärmeanschluss besitzen und müssten auf Wärmepumpen zurückgreifen.

Die Lösung für die oben genannten Probleme wäre ganz einfach: Die Bundesregierung müsste endlich ihr unsägliches Heizungsgesetz vollständig zurücknehmen.

Kontakt: AfD-Fraktion im Gemeinderat: afd@mannheim.de

Kommunale Wärmeplanung wird in Mannheim umgesetzt

Bezahlbare Energie- und Wärmeversorgung muss für alle Haushalte sichergestellt werden

Fraktion im Gemeinderat CDU

Der Gemeinderat wird in seiner März-Sitzung die Kommunale Wärmeplanung beschließen, nachdem der Ausschuss für Umwelt und Technik das Konzept vorberaten und eine Bürgerinformation stattgefunden hat. Im Kern geht es darum, dass die Wärmeversorgung der privaten Haushalte in Mannheim bis 2040 CO₂-neutral sein soll – immerhin 40 Prozent des CO₂-Ausstoßes in unserer Stadt entsteht bei der Gewinnung von Wärme (Stand 2020). Die CDU-Fraktion unterstützt dieses vom Gesetzgeber vorgeschriebene Ziel und die daraus verpflichtende Wärmeplanung, wie sie von einer Tochtergesellschaft der MVV Energie AG in enger Zusammenarbeit mit der Stadt erarbeitet worden ist.

Eine tragende Säule bleibt die Fernwärme, das begrüßen wir ausdrücklich: Die Fernwärme soll erstens mit 10.000 Neuanschlüssen in den kommenden zehn Jahren deutlich ausgebaut und zweitens bis 2030 vollständig klimaneutral werden. Daran arbeitet die MVV mit Hochdruck und ersten Erfolgen: Bereits 30 Prozent der Fernwärme ist CO₂-neutral, dank beispielsweise des Anschlusses der Müllverbrennung oder des Baus einer Flusswärmepumpe am Rhein.

Es ist verständlich, dass manche Haus- und Wohnungsbesitzerinnen und -besitzer enttäuscht sind, wenn sie in der Wärmeplanung



AUT-Sprecher, Stadtrat Thomas Horning
FOTO: TOBIAS KOCH

ihre Liegenschaften nicht in einem der Bereiche finden, in denen die Fernwärme die Priorität bei der Wärmewende haben wird. Aber man sollte sich einmal die Dimension klar machen: 12.000 Gebäude sind derzeit in Mannheim an die Fernwärme angeschlossen – 10.000 Haushalte sollen hinzukommen. Das ist eine Steigerung der Anschlussquote von 60 auf gut 75 Prozent. Das ist extrem ambitioniert und stößt an die Grenzen des technisch und ressourcenmäßig Machbaren.

Mit der MVV hat die Stadt Mannheim sowohl bei der Wärmeplanung als auch bei der Wärmeversorgung einen starken Partner; das Unternehmen gehört mehrheitlich der Stadt und hat bundesweit die Nase vorn bei der Umstellung der Energie- und Wärmever-

sorgung auf Erneuerbare Energien. Das ist ökonomisch und ökologisch die richtige Strategie – die CDU-Gemeinderatsfraktion trägt diese sowohl aus der Sicht des Unternehmens als auch aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger sinnvolle Strategie mit. Denn neben einer sicheren, bezahlbaren und klimafreundlichen Energie- und Wärmeversorgung profitieren wir Alle in Mannheim auch indirekt: Die Millionen-Einnahmen aus ihren MVV-Aktiendividenden investiert die Stadt vollständig in den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs.

Bereits in fünf Jahren muss die Kommunale Wärmeplanung laut Gesetz aktualisiert werden. Das gibt uns die Chance, auf veränderte Rahmenbedingungen und technische Innovationen so zu reagieren, dass die Umstellung auf klimaneutrale Wärmeversorgung sozial verträglich, spricht: bezahlbar für Alle, und ökonomisch erfolgreich für unser städtisches Unternehmen MVV ist. Bezahlbar für Alle heißt auch, dass der Bund Zuschüsse für Wärmepumpen und andere dezentrale Lösungen wie Nahwärmenetze ausgeben und auch die Stadt passende Förderungen bereitstellen muss. Als CDU-Fraktion werden wir ein städtisches Förderprogramm sowie permanente, kritische Evaluation der Kommunalen Wärmeplanung einfordern.

Rechtlicher Hinweis

Die Fraktionen, Gruppierungen und Einzelstadträtinnen bzw. Einzelstadträte übernehmen die inhaltliche Verantwortung für ihre Beiträge.

WEITERE MELDUNGEN

Sommerzeit für die Biotonne

Im März beginnt die Sommerzeit für die Biotonne. Dann leeren die Müllwerker vom Stadtraumservice Mannheim die Behälter für biologische Abfälle bis einschließlich Oktober wieder wöchentlich. Wer die Biotonne nutzt, kann dort nicht nur seine Küchenabfälle entsorgen. Sie ist auch hervorragend für Gartenabfälle geeignet: Baum- und Strauchschnitt, Blumenreste und Laub finden dort ebenso Platz.

Im Anschluss werden die Abfälle aus Küche und Garten im Kompostwerk Heidelberg zu nährstoffreichem Kompost verarbeitet. Er eignet sich hervorragend für die natürliche Düngung auf dem Balkon und im Garten. Aus Umweltschutzgründen und um die Qualität des Biokomposts zu gewährleisten, dürfen Bioabfälle auf keinen Fall in Plastiktüten entsorgt werden. Auch nicht, wenn diese vom Hersteller als biologisch abbaubar oder kompostierbar gekennzeichnet sind. Bei der Verarbeitung würden nicht aussortierte Plastikfolien und andere Fremdstoffe im Kompost zu kleinsten Teilchen gehäckselt. Als Mikroplastik gelangen sie in

den Boden und ins Grundwasser. Zum Sammeln von Obst- und Gemüseschalen oder anderen organischen Abfällen empfiehlt die Abfallberatung des Stadtraumservice Mannheim ein größeres Gefäß mit Deckel zu nutzen. Es kann mit Zeitungspapier ausgelegt werden. So kann der Bioabfall direkt in die Biotonne gekippt werden. Natürlich können auch Papiertüten für den Bioabfall verwendet werden. Diese gibt es im Handel bei zahlreichen Super- und Drogeriemärkten zu kaufen.

Der Stadtraumservice Mannheim bietet die Biotonne kostenlos an und verschafft den Bürgerinnen und Bürgern einen geldwerten Vorteil gegenüber der Restmülltonne: Wer die Biotonne nutzt, spart beim Restmüllvolumen. Denn fast die Hälfte des Abfalls, der in der Restmülltonne landet, ist biologisch abbaubar und kann über die Biotonne entsorgt werden. Mit der Biotonne schützen die Bürgerinnen und Bürger das Klima und die Umwelt.

Weitere Informationen gibt es unter www.mannheim.de/biotonne.

STIMMEN AUS DEM GEMEINDERAT

ML sieht weiteren Handlungsbedarf bei der Kita-Finanzierung

Fraktion im Gemeinderat FW-ML

Der Gemeinderat hat in den vergangenen Jahren die Förderung und Umsetzung einer Vielzahl von Kita-Projekten beschlossen. Durch die Kita-Ausbau-Konzeption wurde der künftige Bedarf für die einzelnen Stadtteile ermittelt. Dadurch konnte und kann der Kita-Ausbau deutlich beschleunigt werden. Das schafft zwar eine positive Perspektive für die Zukunft. Es zeigt aber auch, dass möglichst schnell sehr viel mehr Kinderbetreuungsplätze geschaffen werden müssen.

Eltern, die derzeit dringend einen Betreuungsplatz für ihr Kind/ihre Kinder suchen oder einen höheren Betreuungsumfang benötigen hilft das aber nicht weiter. Berufstätige oder pflegende Elternteile brauchen Planungssicherheit und eine rechtzeitige Benachrichtigung, ob und ab wann ein passender KITA-Platz zur Verfügung stehen wird.

Auch mit Blick darauf, dass die angespannte Personalsituation häufig zu unvorhersehbaren zeitlichen Einschränkungen in den Einrichtungen führt.

Unser Ziel ist es, allen Familien, die eine Kinderbetreuung wünschen und benötigen, ein passendes Angebot zu machen. Auch das ist wichtig, um Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit für alle Kinder in Mannheim zu gewährleisten.

Suche nach einer gerechteren Lösung für die Kita-Gebühren

Städte- und Gemeindetag, Kirchen und Freie Träger haben landesweit die Empfehlung ausgesprochen, einen Eltern-Anteil von maximal 20% an den Kosten anzustreben.

In Mannheim wird dieses Ziel deutlich verfehlt. Wichtigster Faktor ist dabei die immer noch nicht auskömmliche Finanzierung der



Stadträtin Christiane Fuchs

Freien Träger und die damit verbundenen höheren Kita-Gebühren. Die Gebühren-Differenz ist in den letzten Jahren aufgrund gestiegener Kosten sogar noch größer geworden. Diese unterschiedlichen Gebühren - bei gleichem Angebotsumfang - werden nach außen hin als ungerecht wahrgenommen.

Hier muss Stück für Stück nachjustiert werden, um eine bessere Lösung zu erhalten. Die ML wird sich weiterhin einsetzen für

- die Stärkung der Freien Träger und der Kindertagespflege durch eine ausreichende kommunale Finanzierung
 - die Sicherung laufender Projekte durch regelmäßige Anpassung der Förderung an Kostensteigerungen
 - die Förderung „alternativer“ Kita Formen wie bspw. Naturkindergärten
 - die Stärkung der Kindertagespflege
 - Programme zur Personalgewinnung
- Ihre Meinung interessiert uns. Wir sind für Sie erreichbar unter der Rufnummer 0621 293-2502 oder per E-Mail an ML@mannheim.de

ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNGEN



Öffentliche Ausschreibungen der Stadt Mannheim finden Sie unter www.auftragsboerse.de.
Dort können Sie alle Ausschreibungsunterlagen kostenfrei abrufen.



- 1.3 Erhöhung des Haushaltsansatzes für das TECHNOSEUM im Haushaltsjahr 2023
- 2 Waldschule - Maßnahmenbeschluss zum vorgezogenen Ersatzneubau „C-Bau“ sowie der Containerstellung für den Interim
- 3 Gerhart-Hauptmann-Schule hier: Maßnahmenbeschluss für die Erweiterung der Mensa
- 4 Investitionsprogramm Ganztagsausbau - Inanspruchnahme
- 5 Eberhard-Gothein-Schule hier: Maßnahmenbeschluss für die Sicherstellung des ersten baulichen Rettungsweges und die Herstellung eines zweiten baulichen Rettungsweges
- 6 Maßnahmen genehmigung Beförderungstouren für Schüler*innen und Schulkindergartenkinder ab dem Schuljahr 2024/2025
- 7 Ausbau des vorschulischen Kinderbetreuungsangebots: Investive Förderung des Kinderhaus-Projekts des „TSV Mannheim Hockey e.V.“ auf dem Grundstück „Josef-Bußjägerweg 4“ im Stadtbezirk Schwetzingenstadt/Oststadt
- 7.1 Klimaschutzagentur gGmbH: Änderung des Gesellschaftsvertrags
- 8 Einwerbung, Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen nach § 78 IV Gemeindeordnung
- 9 Regelmäßige Gebührenanpassung; Antrag der CDU
- 10 Entwicklung Steuerbefreiung für Tierheim-Hunde; Anfrage der LI.PAR.Tie.
- 11 Abfrage des Quorums für Anträge nach § 14 Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Mannheim ohne Aussprache
- 12 Anfragen
- 13 Anregungen und Mitteilungen an die Verwaltung

Öffentliche Bekanntmachung

Tagesordnung der öffentlichen Sitzung des Bezirksbeirats Schwetzingenstadt/Oststadt
Mittwoch, 06.03.2024, 19:00 Uhr
Trafohaus
Galleistraße 1-3, Eingang: Keplerstraße, 68165 Mannheim

Tagesordnung:

1. Pestalozzi-Schule - Ganztageschule
2. Luisenpark - Zugänge und Projekte
3. Gehwegreinigung
4. Stadtbezirksbudget - mündlicher Bericht über die Verwendung der Mittel
5. Anfragen / Verschiedenes

Öffentliche Bekanntmachung

Tagesordnung der öffentlichen Sitzung des Bezirksbeirats Rheinau
Mittwoch, 06.03.2024, 19:00 Uhr
Saal des Nachbarschaftshauses Rheinau
Rheinauer Ring 101-103, 68219 Mannheim

Tagesordnung:

1. Lokale Stadterneuerung (LOS2) Rheinau – Allgemeines und Info zum Sachstand
2. Betreuungssituation Rheinau
3. Stadtbezirksbudget - mündlicher Bericht über die Verwendung der Mittel
4. Anfragen / Verschiedenes